

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/El/70

Hannover, 29. August 1947
Telefon: 20951/52

Ewige Vorbehalte

P.R. Eine neue Konferenz, die von London, brachte ein altes Ergebnis, das man auf die schon traditionell gewordene Formel bringen kann "Einigung mit Vorbehalten". Der Nachdruck dabei liegt ohne Zweifel auf der einschränkenden Feststellung. Es ist sehr betrüblich, zu sehen, daß, nachdem immer wieder eine Einigung zwischen den vier Alliierten sich in entscheidend wichtigen Fragen als unmöglich erwies, nun nicht einmal zwischen den Westmächten Übereinstimmung erzielt werden konnte. Die verbliebenen Hoffnungen richten sich abermals auf eine neue Konferenz, die Sachverständigenberatungen von Berlin. Aber es besteht im Grunde kein Anlaß für die Annahme, daß nun dort Frankreich zum Einverständnis mit den amerikanisch-englischen Absichten bewegen werden könnte. So urteilt jedenfalls eine führende englische Zeitung.

Die vermeintlichen oder tatsächlichen wirtschaftlichen Vorzüge des neuen „geplanten Planes“ über die deutsche Industriekapazität (mehr ist es ja nicht, was in London herauskam) werden von Sachverständigen verschieden beurteilt, je nachdem es Pessimisten oder Optimisten sind. Eine gewisse Tendenz zu größerem Verständnis für die deutschen und die europäischen Notwendigkeiten ist wohl spürbar, aber das ist auch alles.

„Ein neuer Anfang“, so wird versichert. Unser Weg in den vergangenen zwei Jahren hat nur aus solchen Anfängen bestanden. Das liegt zum Teil, aber eben nur zum Teil, daran, daß wir tatsächlich auf den meisten Gebieten ganz von vorn beginnen mußten. Bedenklich aber ist, daß man bisher überall schon in den Anfängen stecken blieb. Und leider gibt es keine überzeugenden Umstände, die zu dem Glauben berechtigen, daß es diesmal anders sei.

Vielleicht wird man solche skeptischen Feststellungen dort, wo östlich argumentiert und wo alles durch Brillen Moskauer Herkunft gesehen wird, mit einer gewissen Schadenfreude registrieren. Das ist nicht schön, wurde aber zu verträumtem Brauch. Zu solcher Schadenfreude besteht kein Anlaß. Die vorsichtige Zurück-

haltung und das durch bittere Erfahrungen entstandene deutsche Mißtrauen gegenüber jeder Besserungsankündigung sind als ehrliche Meinungsäußerungen immer noch hundertmal mehr wert als jener kampf- und verlogene Zweckoptimismus nur allzu bekannter Prägung, bei dessen Äußerungen denen, die zu ihm verpflichtet sind, nicht weniger Übel zumute ist als denen, auf die er wirken soll.

Vielleicht wird man auch entgegen: ohne Zutrauen gibt es keinen Weg aus dem Chaos. Gewiß - aber nur empfohlenes und nicht empfundenes Zutrauen tut es nicht. Wir haben aber nicht das Gefühl, daß Wesentliches in der Richtung auf das Notwendige hin erreicht wurde. Es sind gewiß recht vage neue Möglichkeiten einer besseren Ausnutzung deutscher Wirtschaftskraftreserven zugunsten Europas und zugunsten Deutschlands selbst vorgesehen. Alles andere bleibt zunächst unverändert: die Versorgungslage Deutschlands und ihre psychologischen Begleiterscheinungen, die hemmende Rivalität unter den Alliierten und die vollkommene deutsche Machtlosigkeit in allen einigermaßen wichtigen Fragen, schließlich der Argwohn, daß wieder einmal wirtschaftliche Erkenntnisse politischen Vorstellungen und Wünschen weitgehend weichen mußten.

Es mag sein, daß ein kleiner Schritt nach vorwärts getan wurde. Aber alle paar Monate ein solcher kleiner Schritt vorwärts in der Planung und während dessen mehrere Schritte zurück in der Praxis - das ist nun einmal auch bei den bescheidensten Ansprüchen zu wenig. Damit kommt man nicht weiter, sondern nur zurück. "Das deutsche Problem wird nicht weniger drohend, je länger es ungelöst bleibt", schrieb nach der Londoner Konferenz "Daily Telegraph". So ist es in der Tat.

X

"Gebt Deutschland wirkliche Demokratie"

"Die meisten Gewerkschaftsbeamten, politischen Führer und Wirtschaftsdirektoren in der britischen Zone arbeiten unter dem Gefühl der Nutzlosigkeit, so häufig wurden gegen Pläne, die von ihnen entworfen wurden, in letzter Minute Einspruch erhoben", heißt es in einem Bericht des Londoner "Socialist Leader", aus Deutschland. "Einige dieser Beamten haben eine außerordentlich schwierige Zeit. Der Durchschnittsdeutsche betrachtet sie als 'Handlanger' der Militärregierung, trotz ihrer antifaschistischen Vergangenheit, und lehnt sie deshalb ab, aber auch die Militärregierung betrachtet sie argwöhnisch; wenn sie nur die leiseste Neigung nach links zeigen. Glaubt England, daß man auf dieser Basis eine 'Demokratie' aufrichten kann? Laßt die Militärregierung genau sagen, welche Ziele sie hat und wie weit ihre Autorität reicht und laßt dann die Deutschen - unter ihnen sind viele, deren antifaschistische Vergangenheit über jeden Verdacht erheben ist - an die Arbeit gehen. Denn letzten Endes muß die Wiedergesundung Deutschlands den Deutschen überlassen werden. Die Labour-Regierung soll zeigen, daß ihr Sozialismus auch für den Export geeignet ist, nicht aus 'idealistischen' Gründen, sondern aus dem sehr materialen Grunde heraus, daß ohne ein wiedererstandenes Deutschland ganz Europa weiter darben und hungern muß." (n/B65/298/he).

Maß und Verantwortung
Von Karl Burckheiser

Unsere vordringlichste Aufgabe ist es in dieser Zeit der Wirrnisse und Daseinsbedrohung, einer Gesellschaftsform zum Durchbruch zu verhelfen, die zwischen Besitzenden und Besitzlosen rechtschaffen vermittelt. Sie erst wäre wirkliche Demokratie, die zwar "Klassen" kennen würde, aber keine Klassengegensätze mehr, die jedem die Möglichkeit erschlösse, Erstrebenswertes nach Leistung und Fähigkeit sich zu erringen.

Eine solche, - sozialistische - Demokratie wäre der allein gangbare Ausweg aus dem Dilemma zwischen der kommunistischen klassenlosen Gesellschaft, der "totalen" Demokratie und der kapitalistischen "liberalen" Demokratie. Weder löste sie das Privateigentum ganz auf, noch billigte sie seine ungehemmte Aktivität. Zweifellos hält es schwer, den Modus für den Umfang der Sozialisierung zu finden, da die Parteien gerade in diesem Punkt sich heftig befähden und Zugeeständnisse zu machen nicht bereit erscheinen. Wollen wir uns aber nicht einer neuen Krise aussetzen, dann ist Mäßigung allerseits ratsam, Einsicht in die Notwendigkeit der Dinge, welche das Wesen der Zeit ausmachen. Die Demokratie darf nicht wieder zur Ware herabsinken, um die man market, sie muß als eine Verpflichtung allen gelten: ihre Verwirklichung ist heilig. Nicht die Laune des Siegers will sie uns oktroyieren, das menschliche Gewissen erheischt ihre Durchsetzung. Demokratie schlechthin ist größtmögliche Freiheit bei höchster Verantwortung, vollkommenes Recht bei dem Bemühen um zuverlässigstes Gesetz. Keiner sollte des anderen Freiheit antasten, niemand ungestraft das Gesetz übertreten. Hemmungsloser Individualität und staatlicher Transparenz seien Schranken gezogen.

Aus dieser Wechselwirkung ergeben sich die Kräfte des Fortschrittes in der Richtung auf das Ziel, welches als Endzweck das Einzelwesen und damit die Gesamtheit sich gesteckt hat. Daß dieser Fortschritt friedlich und nur auf den höchsten Sinn des Lebens gerichtet sei, ist Merkmal echter Demokratie. Sie kann niemals mehr mißbraucht werden, wenn sie sich die lebendige Form schafft, die mit ihr wächst und sich entwickelt. Grundsätze und Dogmen mögen, nachdrücklich verkündet, einer Lehre zum Durchbruch verhelfen. Sie gelten nicht auf die Dauer, wenn ihre Befolgung erzwungen werden muß. Darum kommt der Erziehung zu Verantwortlichkeit und Maß, vor allem der Jugend, so große Bedeutung zu.

Die leidenschaftlichsten Förderer der Demokratie sind bislang hauptsächlich in jenen Schichten zu finden, deren Freiheit am meisten bedroht wird. Der hohe ethische Gehalt der demokratischen Idee aber kann dadurch keine Mißbrauche erfahren, daß der Weg zu ihrer Verwirklichung über immer neue Hindernisse widerspruchsvoller Tatsachen und vielfacher Unzulänglichkeiten führt. Sie schließen in Notzeiten immer besonders üppig ins Kraut. In ihrer Existenz liegt aber nur die nachdrückliche Aufforderung zu ihrer Beseitigung. Dieses schwierige Werk kann nur mit demokratischen Mitteln in Angriff

genommen werden, nicht mit Drehungen und nicht mit Gewalt. Diese demokratischen Mittel sind Geduld, auch wenn man ihrer spottet und Sinn für Maß und Verantwortung. Das letzte ideale Ziel wird vielleicht nie erreicht werden. Das darf nicht hindern, das Optimum mit aller Entschiedenheit zu erstreben.

Die Nazirussen

Von Max Barth, New York

Ein schimmernder Stern im Gewebe der Sowjetpropaganda ist die Behauptung, daß es keine sowjetischen Kollaborationisten gegeben habe, im Gegensatz zu den anderen von den Naziheeren eroberten, von der Naziverwaltung beherrschten Ländern. Besonders eifrig verbreiten diese Mär hier jene nominellen Liberalen, die in ihrem Enthusiasmus für den totalitären Sowjetstaat durch keine kritische Einsicht behindert sind.

Über das wahre Maß sowjetischer Zusammenarbeit mit den Nazis berichtete am 16. August in der amerikanischen sozialdemokratischen Wochenzeitung "New Leader" Paul Martin, der in der letzten Phase des Krieges ungezählte russische Gefangene vernommen und außerdem einen gründlichen Gesamt-Einblick in das dokumentarische Material über die fremden "Hilfsvölker" der Nazis zu nehmen Gelegenheit gehabt hat.

Was die Kooperation der unterworfenen Bevölkerung im Sowjetgebiet betrifft, so hat es dort die zahllosen "landeseigenen Sicherungsverbände" gegeben, d.h. Polizei- und Kampfgruppen aus Sowjetbürgern, die unter den Nazis und in ihren Dienst fungierten. Martin erwähnt - als ausgewählte Beispiele - die folgenden: Einheimische Landenkampfgruppen, Wachtruppen, Sicherungseinheiten, Sturmkommandos, Hilfpolizei und Jagdmannschaften. Die Namen deuten die verschiedenen Funktionen dieser Formationen an. Andere Russen dienten der Wehrmacht-Abwehr, der Gestapo und dem Sicherheitsdienst, d.h. sie waren im Dienste der deutschen Geheimpolizei und der Spionage. Die genannten deutschen Institutionen hatten nie irgend welche Schwierigkeit, für diese Arbeit verlässliche Helfer zu finden. Ihre russischen Werkzeuge dienten als Kuriers, Saboteure und "Zersotzer" im unbesetzten Gebiet, als Agenten, die "besondere Aufgaben" zu erfüllen hatten, als örtliche Spione im besetzten Gebiet.

Besonders groß war aber der Prozentsatz sowjetischer Kollaborationisten im Naziheer. Martin schätzt, daß insgesamt - unter Berücksichtigung des Zu- und Abgangs - mehr als 350 000 Russen freiwillig in Hitlers Armee Dienst taten. Von diesen Freiwilligen, die zu den "Hilfsvölkern" gezählt wurden (unter dem offiziellen Titel "Wehrmachtgefolge"), die also ein integrierender Bestandteil der regulären Naziwehrmacht waren, sind die "Hilfswilligen" oder "freiwilligen Helfer" zu unterscheiden. Sie waren Arbeitsklaven, also nicht Soldaten, und flohen bei Beginn der Invasion massenweise in Richtung Normandie. Auch unter den kämpfenden Truppen gab es unfreiwillige russische Teilnehmer. Das waren russische Kriegsgefangene, ehemalige

Zwangserbeiter und Zivilisten aus den besetzten Gebieten, die zwangsweise ins Heer gesteckt worden waren. Sie galten nie als verlässlich, im Gegensatz zu den Freiwilligen, und wurden daher in reguläre deutsche Regimenter gesteckt in denen sie die dritten und vierten Bataillone füllten. Sie wurden nicht an der Ostfront verwendet sondern in Frankreich, in Süddeutschland und auf dem Balkan. Dies waren die Verbände, auf die die Alliierten bei der Invasion stießen und die sie veranlaßten, anzunehmen, daß alle unter Hitler kämpfenden Russen durch Terror und Zwang rekrutiert waren.

Das war ein Irrtum. Der weitaus größte Teil der russischen Nazisoldaten bestand aus Freiwilligen. Unter den 250 000 nichtdeutschen Kampftruppen der Nazis und der Waffen-SS waren schon im Jahre 1943 so viele Angehörige der alten, noch nicht durch imperialistische Annexionen erweiterten UdSSR, daß sie ein Drittel ausmachten; wenn man die Bürger derjenigen Länder hinzunimmt, die inzwischen dem russischen Moloch verfallen sind, ergibt es sich, daß zwei Drittel der kämpfenden "Hilfsvölker" aus dem Sowjetgebiet stammten. Einen leicht erkennbaren Teil der russischen Legionäre stellten die Schützenbataillone dar, die an der Ostfront eingesetzt wurden; sie hatten alle Nummern über 400, und sie bestanden ausschließlich aus Freiwilligen und galten als durchaus verlässlich.

Im Frühjahr 1945 existierten als integrale Teile der Wehrmacht und der Waffen-SS sieben russische Divisionen, gebildet von Angehörigen der Sowjetunion, wie sie vor 1939, also vor dem Raub der polnischen Gebiete, bestand. Außerdem vier baltische Divisionen, bestehend aus Angehörigen von Ländern, die inzwischen von der UdSSR annektiert waren. Die ersten sieben waren: zwei ukrainische Divisionen, zwei Kosakendivisionen, je eine weißrussische, russische, "national gemischte" Division. Die baltischen Divisionen waren: zwei lettische und zwei estische. Es handelte sich um die 14., 15., 19., 20., 25., 29., 30. und 31. SS-Schützen-, beziehungsweise Grenadierdivision, um die 1. und 2. Kosakenkavalleriedivision und die "Freiwilligen-Stammdivision", letztere aus Freiwilligen verschiedener Teile der UdSSR bestehend. Sie alle kämpften an der Ostfront, also gegen das bolschewistische Reich. Außerdem gab es noch mindestens vier Kavalleriebrigaden und eine litauische Infanteriebrigade in der Naziarmee. Die berittenen Truppen bestanden aus Kosaken vom Don, Kuban, Terek und aus Sibirien.

Die "Osttruppen" umfaßten asiatische und halbasiatische Völker; unter dieser Kategorie von freiwilligen Nazisoldaten stellten folgende Gebiete die größten Kontingente: Armenien, Aserbeidschan, Georgia, Wolga-Tatarien, Nordkaukasus und Turkestan. Diese Truppen waren in "Legionen" organisiert. Zu den bisher geschilderten Verbänden kam noch eine Anzahl unabhängiger, d.h. nicht in russischen größeren Formationen eingeordneter Regimenter, darunter acht Kavallerieregimenter.

Dabei handelte es sich im wesentlichen nicht um "Weiße Russen", d.h. nicht um zaristische Reaktionäre. General Wlassow mit seinen Leuten spielte eine recht unwichtige Rolle. Die weißen Russen

im Ausland fühlten sich außerdem meistens in erster Linie als Russen und begrüßten die Siege der Roten Armee. Die freiwilligen Nazi Helfer waren gegen ihr Heimatland, weil sie gegen den Bolschewismus waren, nicht weil sie für den Zaren oder für Hitler waren. In der Tat scheint es, daß die Mehrzahl sich immer als Russen gefühlt hat, daß viele sogar die Nazis haßten oder verachteten. Es ist ganz klar, daß ihre Feindschaft gegen das totalitäre Regime aus Gesinnungsgründen erwachsen war: sie ergriffen die Gelegenheit, in Opposition gegen das autoritäre System ihrer Heimat zu treten und griffen gegen die Rote Armee zu den Waffen. Sie fühlten sich auf ihre Weise als Werkzeuge der Befreiung ihres Volkes von Tyrannei und terroristischer Bürokratie.

Spionage ohne Ternung

Von unseren ständigen skandinavischen Mitarbeiter

K.K. Stockholm, Mitte August

Seit Finnland aus der Gemeinschaft der skandinavischen Länder so gut wie ausgeschlossen ist und alle Diskussionen über eine Verteidigungsgemeinschaft zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark durch den russischen Machtspruch zum Verstummen gebracht sind, ist die Aufmerksamkeit der russischen Militärpolitik auf Schweden konzentriert, das heute über die stärkste militärische Macht des Nordens verfügt und kein Hehl aus seinem Willen macht, seine Unabhängigkeit unter allen Umständen zu wahren. Unter diesen Umständen gewinnt die Spionage, die von Mitgliedern der russischen Gesandtschaft in Stockholm betrieben wird, ihr besonderes Gesicht.

In der zweiten Julihälfte reisten, wie erst Wochen später bekannt wurde, der stellvertretende russische Militärattaché Major Wassilij Konnow und der Gesandtschaftsangestellte Georg Michailow kreuz und quer durch das schwedische Grenzgebiet gegen Finnland zwischen Boden-Haparanda und Karesuando. Sie reisten mit Zug, Autobus und Fahrrad, waren versehen mit Notiz- und Skizzenbüchern und Fotoapparaten und bewegten sich vornehmlich in jenen Zonen, die aus militärischen Gründen für Ausländer verboten sind. Der Bevölkerung gegenüber geben sie sich als "Beamte aus Stockholm" aus, und als solche trugen sie sich auch in die Fremdenbücher ein. An einigen Stellen wollten sie glauben machen, sie seien englische Touristen. Den genauen Angaben der schwedischen Presse zufolge interessierten sich Konnow und sein Begleiter vor allem für Unterbringungsmöglichkeiten (Kinos, Schulen und Missionshäuser, sowie Kirchen). Sie wollten von den Eingeborenen wissen, wie dick das Eis auf den Grenzseen zu werden pflegt und wie lange es tragfähig sei. Die gutmütig-beruhigenden Erklärungen einiger Blätter, die beiden Russen hätten nicht gewußt, daß das durchreiste Gebiet für Ausländer gesperrt sei, wurden bald amtlich widerlegt: die russische Gesandtschaft ist, wie alle übrigen Gesandtschaften, über die Sperrgebiete genau unterrichtet worden.

Das, was besonderen Anlaß zur Nachdenklichkeit gibt, ist die äußere Form dieser Spionage. Die Russen könnten natürlich die von ihnen gewünschten Angaben auch auf "normalem" Wege bekommen, nämlich

durch die Spionagetätigkeit weniger auffallender Persönlichkeiten als es just ein stellvertretender Militärattache und ein Gesandtschaftsbeamter sind. Sie glauben jedoch bereits, auf solche Vorichtsmaßnahmen verzichten und die öffentliche Meinung Schwedens herausfordern oder zumindest "abtaaten" zu können. Nun, die Reaktion in Schweden ist sehr sauer. Aber Schweden ist ein kleines Land und die Wortführer der öffentlichen Meinung wägen ihre Worte. Sie alle sind sich klar darüber, daß das russische Interesse für die Verteidigungsmaßnahmen Schwedens einen bedenklichen Umfang angenommen hat und schon lange und ganz gewiß nicht mehr mit freundschaftlicher Aufmerksamkeit erklärt werden kann.

-. - .

Polnischer "Untergrund"

Die polnischen Propagandaveröffentlichungen beim Kontrollrat in Berlin beschäftigen sich in letzter Zeit besonders umfassend mit der polnischen Untergrundbewegung, die jetzt auch "Bandenbewegung" genannt wird. Die Geschichte dieser Widerstandsorganisation ist noch nicht geschrieben, sie ist aber auch noch nicht zu Ende, wie die regelmäßigen Veröffentlichungen zeigen, in denen von erheblichen Widerständen bei Lublin, Rzeszow im Ostkrakauer Bezirk usw. die Rede ist. Jedenfalls hat sich die AK (Armia Krajowa-Landesarmee), die eine ausgesprochen nationalistische und dem jetzigen Regime feindliche Bewegung ist, nicht aufgelöst. Sie ist weiter wirksam und scheint erhebliche lokale Schwierigkeiten zu bereiten. Die Behauptung, daß es sich um ukrainische, von Hitleroffizieren geleitete Banden handelt, ist nicht bewiesen.

Auf jeden Fall ist eine solche Behauptung sehr problematisch. Wenn in jenen Gebieten noch immer ukrainische Widerstände bemerkbar sind, dann zeigt das nur, daß das Land eben immer noch weitgehend von Ukrainern bewohnt ist. Handelt es sich aber um nationalistische polnische Gruppen, was auch sein kann, dann ist eine Befriedung deshalb nicht ganz einfach, weil die polnische Widerstandsbewegung eine über hundertjährige Erfahrung hat. Kompromisse kennen solche Widerstandsbewegungen nicht, sie sind eine immer gefährliche Sammlung von Abenteurern, wie sie einst bei Zaporosche, der Wiege des Kosakentums, bestand und die sich durch nahezu dreihundert Jahre nicht brechen ließ. Blut, Galgen, Massenerschießungen, Ausgasung der Wälder - das alles hilft fast gar nichts. Und wann der beghadigte Führer des Widerstandes, Herr Rzepecki, jetzt mit tränenerstickter Stimme bittet, man möge doch endlich den Widerstand aufgeben, dann ist damit für den Kenner eigentlich nur die Bestätigung gegeben, daß in den nationalumstrittenen Gebieten dieser Widerstand anhält. Es sind jetzt viel Waffen abgegeben worden - weit mehr sind wahrscheinlich zurückgehalten worden.

Bemerkenswert sind die Angaben über die unterirdische Publizistik. Wenn im Jahre 1939 - 1940 rund 28 verschiedene Veröffentlichungen erfolgten, so seien sie 1943 auf 322 gestiegen. Bekannt ist wohl, daß die Polen 1943 allein im Generalgouvernement 48 periodisch erscheinende Wochenschriften hatten. Zehn Wochenschriften erschienen in deutscher Sprache für die belgischen und französischen Arbeiter, die im

Osten für die deutsche Besatzungsmacht arbeiteten. Kürzlich hat eine Kundgebung der Angehörigen der publizistischen Widerstandsbewegung stattgefunden, die als Ziel angibt, für die demokratische Neugestaltung Polens zu wirken, sofern diese Neugestaltung "auf dem Boden der Grundsätze des Manifestes des Komitees der nationalen Befreiung" stehe. Dieses Manifest aber ist gegen alle "undemokratischen Prinzipien" gerichtet und tritt für die wirkliche nationale Befreiung ein, die vom "Westen kommen muß", also von jenen Polen her, die heute im neuen Polen als unerwünscht gelten und deren führende Persönlichkeiten zu den "gefährlichen Emigranten" gerechnet und mit einer ungewöhnlichen Empfindlichkeit bekämpft werden.

- ya -

Steuerreform in Schweden

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.K. Stockholm

Bevor der Schwedische Reichstag Mitte vorigen Monats in die Ferien ging, verabschiedete er die vielumstrittene Steuervorlage des Finanzministers Wigforss, die inzwischen in der schwedischen Öffentlichkeit geradezu einen Sturm der Opposition entfacht hat, genauer gesagt dort, wo bestimmte materielle Interessen betroffen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Kreise ziffernmäßig zwar nicht sehr stark, dafür aber umso einflußreicher sind.

Das Gesetz entspringt ausgesprochen sozialen Überlegungen. Zwar weist das schwedische Staatsbudget einen beträchtlichen Überschuß auf, aber ab 1. Januar 1948 werden einige Sozialgesetze in Kraft treten, die voraussichtlich den ganzen Überschuß abschöpfen werden. Es handelt sich dabei vor allem um den Kinderbeitrag an alle schwedischen Familien mit Kindern unter 16 Jahren, im Betrage von 200 Kronen pro Kind und Jahr. Gleichzeitig soll aus sozialen Gründen eine beträchtliche Steuererhöhung für die kleinen und mittleren Einkommen eingerichtet werden. Soll angesichts dieser Sozialmaßnahmen ein dauerhafter Ausgleich des Budgets erreicht werden, so ist eine höhere Besteuerung der größten Einkommen notwendig. Eben dies ist der Inhalt des beschlossenen Steuergesetzes. Es sieht daneben auch eine Steuererhebung bis zu 40 Prozent der Aktiengesellschaften vor.

Die Opposition wird einheitlich geleitet von einer "Vereinigung der Steuerzahler".

Auf wie schwachen Füßen deren Argumentation steht, ging unter anderem daraus hervor, daß selbst der Führer der oppositionellen Volkspartei, Professor Ohlin, betonte, diese Steuererhöhungen würde keine nachweislichen schädlichen Wirkungen auf die Volkswirtschaft haben. Die kleineren und mittleren Einkommensträger aber, werden mit Beginn des nächsten Jahres sehr spürbare Erleichterungen erhalten und das wird für die Regierung maßgebend bleiben.

Verantwortlich: Peter Raunau